



Hochschule RheinMain
University of Applied Sciences
Wiesbaden Rüsselsheim



Aktionskreis
Stabiles Geld

Prof. Dr. Stefan Schäfer,

Hochschule RheinMain

Der folgende Artikel ist auch in der Börsen-Zeitung vom 22.1.2016, Nr. 14, S. 7, erschienen

OHNE STABILITÄTSKULTUR KEIN ENDE DER EURO-KRISE

Die Flüchtlingsproblematik verstellt den medialen Blick auf die erste Hälfte des Jahres 2015, in der uns die Griechenland-Krise in Atem hielt. Früher oder später wird diese Krise jedoch auf die Tagesordnung zurückkehren, denn sie ist alles andere als gelöst. Dann werden die Staats- und Regierungschefs der EU wieder zu ihren berühmt-berüchtigten Nachtsitzungen zusammenkommen, deren Sinn die meisten Europäer längst nicht mehr verstehen. Zwar steht „Europa“ seit jeher sinnbildlich für langwierige Verhandlungen und mühsam errungene Kompromisse. Doch hat die Eurokrise den Charakter der innereuropäischen Gegensätze verändert.

Früher ging es in der Regel um einzelne, meist klar umrissene Themen: um Agrarsubventionen beispielsweise, oder darum, wo eine neue EU-Institution ihren Sitz haben sollte. Die Diskussionen darüber wurden oft hart in der Sache geführt; am Ende stand jedoch eine für alle Beteiligten gesichtswahrende Einigung. Auf die diversen Griechenland-„Rettungen“, insbesondere die letzte, trifft dies nicht zu. Hier gingen die Auseinandersetzungen ans Eingemachte wie nie zuvor in der Geschichte der EU.

Der Sinn von Regeln

Mit einigen Monaten Abstand zu den heißen Tagen im Sommer 2015 stellt sich die Frage: Wie hat sich das Klima in der EU derart zum Negativen hin entwickeln können? Die Antwort ist: Die Eurokrise fördert ein Problem zutage, das jahrzehntelang im Verborgenen schlummerte. Dabei handelt es sich nicht um die Tatsache, dass die Währungsunion mit zu vielen ungeeigneten Mitgliedern startete und dann zu schnell erweitert wurde. Auch greift die gängige These zu kurz, das Euro-Regelwerk sei mangelbehaftet. Das stimmt zwar, ist aber nur die halbe Wahrheit. Geeignete Regeln sind notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für das Funktionieren eines komplexen Gebildes, wie es die europäische Währungsunion nun einmal ist. Entscheidend ist vielmehr, dass gute Regeln nicht nur existieren, sondern auch „gelebt“ werden. Was trivial klingt, ist der Kern des Problems: In der Währungsunion herrscht Uneinigkeit nicht nur über die Regeln selbst, sondern auch über deren Sinn und Bedeutung an sich.

Dabei stehen sich drei Denkschulen gegenüber. Die angelsächsische fordert „pragmatische“ Lösungen für aktuelle Probleme und kritisiert die Regelorientierung einiger europäischer Regierungen. Die US-Wirtschaftsnobelpreisträger Krugman und Stiglitz mit ihren Angriffen insbesondere gegen die deutsche Verhandlungsposition stehen beispielhaft für diese Argumentationsweise. Die zweite Denktradition ist in den südlichen EU-Mitgliedstaaten verbreitet. Sie wurzelt im Vertrauen auf „flexible“ Lösungen und persönliche Beziehungen in kleinen gesellschaftlichen Einheiten und verurteilt das Beharren auf die Geltung einmal verabschiedeter Regeln als kalt und technokratisch. Auf den Punkt gebracht hat diese Denkweise der italienische Ministerpräsident Matteo Renzi, der auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise mitteilen ließ: „Wenn wir Gefangene von Regelungen und Bürokratie bleiben, ist Europa am Ende.“

Ordnungspolitischer Interventionismus

Die Wahrheit ist jedoch: Die Krise und ihre Folgen sind nicht das Ergebnis zu strenger, sondern zu schwacher Befolgung von Regeln in der Vergangenheit. Wir haben es mit einer Art

ordnungspolitischem Interventionismus zu tun. Die Regierungen und die Zentralbanken greifen nicht nur ständig ad hoc in den wirtschaftspolitischen Prozess ein (das verbindet man üblicherweise mit dem Begriff Interventionismus), sondern ändern auch nach Belieben – teilweise mit Verfassungsrang ausgestattete – Regeln, die sie selbst oftmals erst kurz zuvor gesetzt haben; oder sie brechen sie einfach gleich. Jeden Einzelnen dieser Regelverstöße haben dessen Verteidiger als „pragmatisch“ und „flexibel“ zu verkaufen versucht. In der Summe haben die ständigen Verstöße gegen geltendes Recht aber erst die Situation heraufbeschworen, in der wir uns nun befinden. Oder anders ausgedrückt: Der jetzt von unterschiedlicher Seite geforderte „Pragmatismus“ soll Probleme lösen, die es ohne entsprechend „pragmatisches“ Verhalten in der Vergangenheit heute gar nicht gäbe.

Stabilitätskultur vonnöten

Damit sind wir bei der dritten Denkschule, die auf die ordnungspolitische Tradition der Freiburger Schule zurückgeht und mit Namen wie Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Ludwig Erhard in Verbindung zu bringen ist. Deren Denken beruht auf der Überzeugung, dass der marktwirtschaftliche Wettbewerb dann optimale Ergebnisse hervorbringt, wenn sich alle Beteiligten einem konsistenten Regelwerk fügen.

Vor diesem Hintergrund ist eine einschneidende Kurskorrektur vonnöten: Weg von einer interventionistischen Politik des hektischen Hin und Her, an deren Stelle eine Politik treten muss, die den Prinzipien einer praktizierten Stabilitätskultur folgt. Eine solche Politik hat drei Dimensionen:

- 1) Die Zuständigkeiten für die einzelnen Politikbereiche müssen klar geregelt sein. Der Primat der Ordnungspolitik muss gelten.
- 2) Die Geldpolitik ist einer unabhängigen Zentralbank zu übertragen, deren vorrangiges Ziel die Sicherung des Geldwertes ist.
- 3) Regierungen und Gesetzgeber müssen einen stabilen Rahmen für das Handeln der privaten Haushalte und Unternehmen gewährleisten und selbst ein regelkonformes Verhalten praktizieren.

Die Bedeutung des Vertrauens

Diese drei Anforderungen an eine stabilitätsorientierte Politik sind kein Selbstzweck. Sie sind vielmehr Voraussetzung für das Entstehen eines der knappsten öffentlichen Güter: Vertrauenskapital. Das ist unverzichtbar. Denn private Haushalte, Unternehmen und auch staatliche Einheiten können nur dann erfolgreich agieren, wenn sie sich der grundlegenden Rahmenbedingungen sicher sein können. Entscheidungen in der Gegenwart haben oft jahrzehntelange Auswirkungen, und erwartete zukünftige Entwicklungen wirken wiederum auf das heutige Entscheidungsproblem zurück. Es ist die erste, oberste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Komplexität ökonomischer Aktivitäten nicht unnötig zu erhöhen, sondern Sparern und Investoren, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Produzenten und Konsumenten einen verlässlichen Rahmen für ihr Handeln zu bieten. Eine entsprechend große Bedeutung misst die Institutionenökonomik dem Vertrauen bei. Es ist kein Wunder, dass sich das in der Eurozone nicht wirklich einstellen will.

Die Lebenshaltungskosten der Europäer mögen sich zur Zeit – ölpreis- und krisenbedingt – moderat entwickeln; für die Kosten, die ihnen die Politik langfristig aufbürdet – zum Beispiel in Bezug auf die (mangelnde) Planbarkeit einer Immobilienfinanzierung oder des Altersvorsorgesparens – kann man das nicht sagen. Sie sind unkalkulierbar geworden. Es ist eine neue Art von systemischem Risiko entstanden, das noch so viele Nachtsitzungen in Brüssel nicht aus der Welt schaffen können. Denn diese Nachtsitzungen sind symptomatisch: Sie dienen nicht der Lösung, sondern dem Vertagen von Problemen, und lassen auf diese Weise den nächsten Krisengipfel zu einer reinen Frage der Zeit werden. Auch dieser wird die offenkundigen Herausforderungen nicht wirklich angehen, was die Unsicherheit weiter erhöht, die Probleme verschärft und die nächste Nachtsitzung nötig macht – ein schier endloser Kreislauf. Eine echte Wende zum Besseren kann es nur geben, wenn an die Stelle des kurzatmigen „Rettens“ eine stabilitätsorientierte Politik tritt. Solange darüber in Europa kein Konsens herrscht, wird die Krise andauern und das „Retten“ weitergehen.